

13. MRZ 1963

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII/50

Bonn, den 13. März 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Rohrkrepierer</u> CDU-Fraktionsgeschäftsführer Rasner machte sich lächerlich	47
2 - 2a	<u>Terrorgruppen, Geheimdienste und Asylrecht</u> Verbot der kroatischen "Kreuzer-Bruderschaft" war überfällig	96
3	<u>Rückständige Schulpolitik in Rheinland-Pfalz</u> Bundesvorstand und Bundesausschuss der deutschen Jungsozialisten tagten in Bad Dürkheim Von Lothar Schwartz, Mainz	49
4	<u>Wo gibt es noch Zwangsarbeit ?</u> Portugal und Liberia im Schußfeld der internationalen Arbeitsorganisation Von Bruno Kuster, Genf	47
5 - 6	<u>Wahlkampagne in Italien</u> Es geht um Bestätigung oder Ablehnung der "Linken Mitte" Von unserem Korrespondenten in Rom, Franca Magnani	92

Chefredakteur Günter Markscheffel

Rohrkrepierer

CDU-Fraktionsgeschäftsführer Rasner machte sich lächerlich

sp - Die von einigen CDU-Funktionären und besonders von dem CDU-Fraktionsgeschäftsführer R a s n e r seit einigen Tagen mit allen publizistischen Mitteln betriebene Verdächtigungskampagne gegen die Sozialdemokratie hat sich in der Fragestunde des Bundestages am Mittwoch als ein Rohrkrepierer erwiesen. Herr Rasner machte sich durch seine dämliche Fragerei nicht nur lächerlich, sondern gab dem Bundesjustizminister Bucher auch Gelegenheit, einige Verdächtigungen zurückzuweisen und klar darzustellen, daß kein Sozialdemokrat im Zusammenhang mit den "Spiegel"-Veröffentlichungen über das Manöver "Fallex 62" Geheimnisverrat begangen hat. So wurde von dem Bundesjustizminister ausdrücklich erklärt, ein von dem aus freien Stücken zurückgetretenen sozialdemokratischen Fraktionsgeschäftsführer J a h n dem "Spiegel" zwecks Aufklärung von Unwahrheiten, ausgesprochen von dem damaligen Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauss, zur Verfügung gestelltes Dokument habe weder mit "Landesverrat" zu tun gehabt oder sei gar ein "Staatsgeheimnis" gewesen. Es wurde hierbei klargestellt, daß sich das von Jahn weitergegebene Protokoll n i c h t auf das NATO-Manöver "Fallex 62" bezog.

Auch die seit Tagen von Herrn Rasner unterschweilig verbreitete Vermutung, SPD-Abgeordnete hätten versucht, ein Ermittlungsverfahren wegen Landesverrats zu behindern, wurde von dem Bundesjustizminister mit einem klaren NEIN beantwortet. Als Herr Rasner schließlich fragte, ob der Spiegel-Redakteur Schmelz noch dem Sicherheitsausschuß beim Parteivorstand der SPD angehöre, mußte er sich vor ganzen Bundestag auslachen lassen. Erstens ist allgemein bekannt, daß Schmelz schon seit mehr als zwei Jahren nicht mehr an Sitzungen dieses Ausschusses teilgenommen hat; zweitens weiß jeder einigermaßen Informierte, daß der Sicherheits-Ausschuß beim Parteivorstand der SPD ein beratendes Gremium ist, dem keinerlei Geheimdokumente zur Verfügung gestellt werden.

Die von dem Hamburger CDU-Abgeordneten B l u m e n f e l d eingebrachten Fragen, betreffend den Hamburger Innensenator Helmut S c h m i d t, erwiesen sich als kindlicher Versuch, einen hervorragenden Experten in Verteidigungsfragen bloßzustellen. Bundesjustizminister Bucher stellte eindeutig klar, daß gegen den Hamburger Innensenator n i c h t wegen Geheimnisverrat ermittelt wird. Auf diesen Komplex geht der Hamburger Innensenator in einer Pressekonferenz selbst ein. Schon jetzt kann gesagt werden, daß der CDU nichts geschenkt wird, um ein für allemal klarzustellen, daß die Verdächtigungskampagne einiger CDU-Funktionäre gegen die Sozialdemokratie nichts anderes als ein Ablenkungsmanöver von den eigenen Schwierigkeiten innerhalb der CDU/CSU ist. Als solches wurde es wohl auch von der Mehrheit der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag empfunden.

Nach den in der Fragestunde des Bundestages erfolgten Rohrkrepierern des Herrn Rasner werden sich nun wohl hoffentlich die seriöseren CDU-Mitglieder überlegen, ob sie es weiterhin darauf ankommen lassen wollen, sich ständig durch einige Scharfmacher in ihren Reihen kompromittieren zu lassen.

Terrorgruppen, Geheimdienste und Asylrecht

Verbot der kroatischen "Kreuzer-Bruderschaft" war überfällig

E.B. - Der nordrhein-westfälische Innenminister W e y e r hat jetzt die in der Bundesrepublik seit Jahren ihr Unwesen treibende kroatische Terrororganisation "Kreuzer-Bruderschaft" verboten. Die "Bruderschaft" gilt nach den bisherigen Ermittlungen der Bonner Staatsanwaltschaft als "Keimzelle" des Terrorunternehmens vom 29. November 1962 kroatischer Emigranten auf die jugoslawische Vertretung in Mählem. Damals waren durch ein Sprengstoffattentat ein großer Teil der Einrichtung der jugoslawischen Vertretung zerstört und der Angestellte Popovic getötet worden. 26 Teilnehmer an diesem Anschlag befinden sich noch in Haft; darunter ein kroatischer Priester, der als einer der Rädelsführer und Hauptorganisatoren der "Kreuzer-Bruderschaft" bezeichnet wird.

Schon 1955 gewarnt!

Das jetzt erfolgte Verbot dieser Terrororganisation, die ihren Sitz in Köln hat, kommt reichlich spät. Schon im Jahre 1955 (1) hatte sich die Bundesregierung in einer an die jugoslawische Regierung gerichteten Note bereiterklärt, die Tätigkeit dieser Terrororganisation auf dem Gebiet der Bundesrepublik zu unterbinden. Damals hatte die Regierung in Belgrad darauf verwiesen, daß diese Terrororganisation unter Führung von früheren kroatischen und während der Besetzung Jugoslawiens von deutschen Stellen ausgeschalteten Faschisten operiert, über weitverzweigte internationale Verbindungen verfügt und ihre Mitglieder durch Eid verpflichtet, jeden ihnen erteilten Befehl bedingungslos durchzuführen.

Seither sind acht Jahre vergangen. Bei mehreren Gelegenheiten hat diese Organisation von sich reden gemacht, so z.B. anlässlich des Auftretens jugoslawischer Künstler in der Bundesrepublik. Es war auch bekannt, daß vor nunmehr fast drei Jahren eine Gruppe dieser Terroristen nach Spanien fuhr und dort am Grabe des früheren Uetaschifführers Pavlewitsch einen Kranz niedergelegt hatte.

Wie es heißt, erfreute sich diese Gruppe deswegen einer gewissen Duldung, weil sie vorgab, den "Kommunismus zu bekämpfen". Das im Anschluß an das Sprengstoffattentat in Mählem durchgeführte Ermittlungsverfahren hat jedoch ergeben, daß die Terrorgruppe Gesetze der Bundes-

republik verletzt, unter anderem auch das ihren einzelnen Mitgliedern gewährte Asylrecht.

Es ist zu hoffen, daß sich auch die anderen Länder-Innenminister ihrem Kollegen Weyer von Nordrhein-Westfalen anschließen, denn auch in Stuttgart und München gibt es Filialen der kroatischen "Kreuzer-Bruderschaft".

Der "Fall Argoud" und seine Konsequenzen

Nun ist durch das aktuelle Ereignis der Entführung des OAS-Führers Argoud aus München und die inzwischen von den zuständigen deutschen Stellen nachgewiesene Beteiligung französischer Geheimbündler oder Agenten an diesem illegalen Akt deutlich geworden, daß auch andere ausländische Terrorgruppen im Gebiet der Bundesrepublik operieren. Die Querverbindungen von Mitgliedern dieser Geheimorganisationen zu mehr oder weniger offiziellen ausländischen Geheimdiensten sind nicht immer ganz klar. Schon von der Natur der Sache her werden plötzlich bekanntwerdende Aktionen meist so "abgedeckt", daß der normale Staatsbürger kaum überschauen kann, wer wen zu dieser oder jener Handlung angestiftet hat, wer von wem benutzt wird und auf wessen Konto diese oder jene Aktion geht.

Wenn dann noch zusätzlich zu derartigen Vorgängen die ganze Problematik des politischen Asylrechts "hineingespielt" wird, dann verlaufen sich gewöhnlich die meisten gut gemeinten Versuche zur Klärung zahlreicher Hintergründigkeiten im geheimnisvollen Dschungel.

Klare Trennung notwendig

Man wird in der Bundesrepublik schwerlich aus diesem Dilemma mit Anstand herauskommen, wenn man nicht säuberlich und energisch den Komplex der Tätigkeit von politischen Emigranten mit Asylrecht von dem der subversiven Aktionen politischer Terrorgruppen trennt. Ob dies bisher immer geschehen ist, sollte eigentlich im Verlauf der nach dem Sprengstoffattentat auf die jugoslawische Vertretung in Mehlem durchgeführten Untersuchungen geklärt werden können. Auch was sich früher einmal in der Bundesrepublik im Zusammenhang mit den Aktivitäten einer bestimmten Gruppe, genannt "Rote Hand", und später im Zusammenhang mit den in der Bundesrepublik Asyl suchenden OAS-Mitgliedern abgespielt hat und vielleicht noch abspielen wird, wäre einer gewissenhaften Untersuchung wert. Die Ergebnisse einer solchen Untersuchung kämen jenen politischen Emigranten zugute, die sich den Gesetzen der Bundesrepublik unterordnen und die selbst nichts mit den international agierenden Untergrundorganisationen zu tun haben und zu tun haben wollen.

Rückständige Schulpolitik in Rheinland-Pfalz

Von Lothar Schwartz, Mainz

- Bildungsprobleme müssen heute bereits für morgen gelöst werden. Ihre zukunftsentscheidende Bedeutung rechtfertigt und fordert sogar ein besonderes Interesse und kritische Diskussionen der jungen Generation, die bildungspolitische Versäumnisse der Gegenwart noch an eigener Leibe zu spüren bekommen kann. Mit dieser Legitimation und Verantwortung beschäftigten sich Bundesvorstand und Bundesausschuß der deutschen Jungsozialisten auf einer Wochenend-Tagung in Bad Dürkheim.

Aufgrund einer schulpolitischen Bestandsaufnahme, die der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion in Rheinland-Pfalz, Jockel Fuchs, als Diskussionsgrundlage vortrug, kamen die Konferenzteilnehmer zu dem Schluß, daß der Bundesdurchschnitt der Bildungsintensität wesentlich verbessert werden muß, wenn unser Volk in der grossen Auseinandersetzung zwischen der freiheitlichen und der kommunistischen Welt bestehen will. Die Bereitschaft zur Mobilisierung aller geistigen Kräfte und zur weitgehenden Ausschöpfung der vorhandenen Begabungsreserven leidet nach Auffassung der jungen Sozialdemokraten in den meisten von der CDU regierten Bundesländern unter weltanschaulicher Verkrampfung und unseligen Konfessionalisierungsbestrebungen. Am Vergleich der Ergebnisse sozialdemokratischer Kultur- und Schulpolitik in Hessen und christdemokratischen Unterbilanzen im Bildungswesen von Rheinland-Pfalz wurden die positiven und negativen Extreme unseres Kulturföderalismus deutlich:

- * Von den 15- bis 19-Jährigen besuchen in Hessen
- * 27,6 Prozent weiterführende Schulen, im unmittel-
- * bar benachbarten Rheinland-Pfalz erhalten nur
- * 13,6 Prozent aus dieser Altersgruppe die gleiche
- * Bildungschance. Von der 19-Jährigen erreichten
- * 1960 in Hessen immerhin 7,6 Prozent das Abitur,
- * in Rheinland-Pfalz waren es nur 4,9 Prozent.

Durch die Hessen-Kollegs werden auf dem Zweiten Bildungsweg viele Begabungen erschlossen und zur Hochschulreife geführt. Rheinland-Pfalz hat bisher als einziges Bundesland den Absolventen eines vergleichbaren Instituts in Speyer das Vollabitur versagt und ihnen lediglich die Möglichkeit zum Lehrerstudium zugestanden. Der vorbildlichen, pädagogischen und organisatorischen Ausbau des ländlichen Volksschulwesens in Hessen stehen auf der anderen Seite des Rheins eine Vielzahl ein- oder zweiklassiger Schulen und ein System von leistungsschwachen Zwergschulen gegenüber!

Dieses erschreckende Bildungsgefälle zwischen Taunus und Hunsrück, Odenwald und Eifel, Gießen und Speyer betrachten die deutschen Jungsozialisten als unzumutbare und vorhängnisvolle Benachteiligung junger Menschen in Rheinland-Pfalz, wo es mit Sicherheit nicht weniger gute Begabungen und förderungswürdige Intelligenz gibt als in anderen Teilen der Bundesrepublik. In Hessen, so stellte der Kasseler SPD-Bundestagsabgeordnete und Bundesvorsitzende der Jungsozialisten, Holger Börmann, bei seiner Forderung nach Verbesserung und Gleichheit der Bildungschancen für alle jungen Menschen in Stadt und Land fest, sei bezweifelnder Weise jeder CDU-Mann ängstlich bemüht, nicht mit der rückständigen Schulpolitik seiner Parteifreunde in Rheinland-Pfalz identifiziert zu werden!

Wo gibt es noch Zwangsarbeit?

Von Bruno Kuster, Genf

Im Februar 1961 hatte Ghana vor der Internationalen Arbeitsorganisation gegen Portugal die Anklage erhoben, in seinen afrikanischen Besitzungen das Verbot der Zwangsarbeit missachtet zu haben. Im August des gleichen Jahres erhob Portugal die gleiche Klage gegen das seit mehr als hundert Jahren formell unabhängige Liberia. Diese Reaktion Portugals, die sich offenbar nach dem Vorbild des ertappten Schlingels "ich nicht, er auch" richtete, entbehrte jedoch nicht der Berechtigung, auch wenn sie nicht ausreichte, um diesem Staate die Gloriole eines Vorkämpfers der Menschenrechte zu verschaffen.

Peinliche Untersuchungen

Der Verwaltungsrat der Internationalen Arbeitsorganisation setzte einen Untersuchungsausschuss ein, dem je ein Vertreter Uruguays, Seylons und Finnlands angehörten. Diese drei Persönlichkeiten gaben vor Antritt ihrer heiklen Mission vor Vertretern der beiden "Prozessparteien" die feierliche Erklärung ab, ihre Aufgabe "mit Ehre und Hingabe in vollstündiger Unparteilichkeit und restloser Gewissenhaftigkeit" zu erfüllen. Sie sollten unverzüglich Gelegenheit erhalten, dieses Versprechen in die Tat umzusetzen, denn Liberia machte den Vorschlag, die portugiesische Klage von vornherein als unbegründet abzuweisen. Dieses vereinfachende Vorgehen war jedoch nicht nach dem Geschmack der Kommission, die darauf bestand, alle einschlägigen Gesetzestexte eingehend zu prüfen und Zeugen einzunehmen, unter denen sich hohe liberianische Regierungsbeamte - unter anderen William V.S. Tubman jun. - wie auch die Direktoren der Firestone-Plantagen und der Liberian Mining Company, einer Filiale der Amerikanischen Republic Steel Corporation, befanden. - Nach Abschluss ihrer Einvernahmen entschied die Kommission, dass es nicht nötig sei, die Lage in Liberia einem persönlichen Augenschein zu unterwerfen, denn "es ist klar", dass sich die grosse wirtschaftliche Expansion Liberias in den letzten Jahren nicht auf Zwangsarbeit stützt.

Gesetze erst nach 30 Jahren

Trotzdem werfen die Feststellungen der Kommission ein ernüchterndes Licht auf die Zustände in einem Lande, das seit über hundert Jahren in so engen Beziehungen zur "grössten Demokratie der Welt" steht. Die Konvention über das Verbot der Zwangsarbeit ist in Liberia im Jahre 1932 in Kraft getreten. Aber die nationale Gesetzgebung wurde erst 30 Jahre später - um ganz genau zu sein: erst n a c h der portugiesischen Klage! - den Forderungen der Konvention angepasst. Während den 30 Jahren wurde das Verbot der Zwangsarbeit, dem die Regierung vor der Weltöffentlichkeit feierlich zugestimmt hatte, missachtet. Auch heute noch beständen gewisse "Anomalien", die richtiggestellt werden müssten, um die Arbeits- und Strafgesetzgebung mit dem Sinn der Konvention über das Verbot der Zwangsarbeit in Einklang zu bringen.

Die Kommission hat jedoch mit Genugtuung von den radikalen Änderungen Kenntnis genommen, der die Gesetzgebung Liberias nach Einreichung der portugiesischen Klage unterworfen wurde. Sie liess sich davon überzeugen, dass die Liberian Mining Company wie auch die Firestone Plantations Company bei der Einstellung der Arbeitskräfte keinerlei Zwang anwenden. Portugal hatte also mit seiner Verteidigung "ich nicht, er auch" nicht so unrecht!

Wahlkampagne in Italien

Von unserem Korrespondenten in Rom, Franca Magnani

Im Wahlkampf hat sich die Fernsehpropaganda-Methode weiter durchgesetzt; sie hat gegenüber der "klassischen" Propaganda ("comizi", öffentliche Reden und Plakatkrieg) den Vorteil, daß auch in den abgelegensten Dörfern alle Parteien zu Wort kommen können und auch dort die Stimme der nationalen "Größen" gehört werden kann. Andererseits hat aber die moderne Fernsehpropaganda den Nachteil, daß alle politischen und sozialen Probleme mit einer sich nicht immer günstig auswirkenden Schwarz-Weiss-Kalerei behandelt werden müssen. Es ist z.B. zu befürchten, daß der Durchschnittsbürger vor allem die Rivalität zwischen der Democrazia Cristiana und der Kommunistischen Partei sehen und den anderen Parteien nicht die ihnen gebührende Beachtung schenken wird. Aber der "comizio" ist dennoch ein beliebtes Propagandamittel, wenn grosse Namen auftreten. Die Anziehungskraft, die ein Fanfani, Nenni oder Togliatti auf die grosse Masse ausübt, ist noch immer recht groß. Abgesehen vom beinahe folkloristischen Wert solcher öffentlichen Reden können sie meistens auch als zuverlässige Barometer zur Messung der Stimmung unter der Bevölkerung dienen. Die allgemeine Unzufriedenheit, die sich trotz des Wirtschaftswunders unter der römischen Bevölkerung verbreitet hat, springt dem politischen Beobachter nie so schnell in die Augen, als wenn er sich unter die Menge der "comizi"-Zuhörer mischt.

Die Rechtsparteien sowie die Liberalen bemühen sich fleissig, diese von niemand bestrittene Unzufriedenheit, die hauptsächlich auf die allgemeine Lebenssteuerung und auf die nicht allzu saubere und nicht klar zu durchschauende Verwaltung zurückzuführen ist - dem linken Zentrum in die Schuhe zu schieben. Tatsächlich sind diese Übel in Italien aber weit älter als die Regierung des linken Zentrums.

Abgesehen von der ständigen Unzufriedenheit vieler Gesellschaftsschichten erscheint die derzeitige Wahlkampagne nicht so hitzig wie die vorangegangenen. Sie kann kaum mit derjenigen von 1948 verglichen werden, als die Zentrums- und Rechtsparteien der Volksfront gegenüberstanden; und auch nicht mit derjenigen von 1953, als es für die Linke darum ging ein Majoritätsgesetz zu Fall zu bringen, das - falls es angenommen würde - der Christlichdemokratischen Partei fünf Jahre lang eine gefährliche, weil in nicht sehr demokratischer Weise erworbene Bewegungsfreiheit im Parlament eingeräumt hätte.

Einer der Gründe für die karge Leidenschaft, die diese Wahlen kennzeichnen, liegt in der Tatsache, daß - wie auch das Ergebnis ausfallen mag - das Land keine sogenannten "salti nel buio" (Sprünge in die Dunkelheit) unternehmen will. Falls die Kraft der Linksozialisten zurückgehen sollte - was allerdings kaum anzunehmen ist - wird man zu der bereits jahrelang ausprobierten Zentrumskoalition zurückgreifen; oder man wird die jetzige Formel des linken Zentrums weiter ausbauen. Die Möglichkeiten neuer Regierungsformeln bewegen sich alle auf demokratischer Ebene.

Die beiden wichtigsten Themen, die - sei es im Fernsehen, sei es auf den plätze behandelt werden - sind die ökonomischen Ergebnisse, die in den letzten Jahren erzielt wurden, sowie die Zusammenarbeit zwischen Katholiken und Linksozialisten. Die Rechtsparteien und hauptsächlich die Liberalen versuchen, neue Stimmen zu gewinnen mit der Behauptung, daß die Politik Fanfanis, d.h. die Staatsinitiative in der Wirtschaft Nations-

lisierung der Energiequellen) das italienische Wirtschaftswunder stark gebremst habe, weil dadurch das Staatsbudget allzuschwer belastet worden sei. Aber auch das Verhalten der Gewerkschaften sei auf die Reaktion der Regierung zurückzuführen; durch sie hätten sich die Gewerkschaften ermuntert gefühlt und neue Forderungen gestellt.

Die demokratische Linke dagegen (Sozialdemokraten, Linksozialisten und Republikaner) führt in ihrer Propaganda immer wieder an, daß gerade das Wirtschaftswunder eine auf breiterer Basis geführte Sozialpolitik erfordere und eine größere staatliche Initiative in der Wirtschaft benötige, ohne die das Fundament des demokratischen Systems bedroht sei.

Die viel unstrittene und viel besprochene Allianz der demokratischen Parteien mit den Linksozialisten hält der sozialdemokratische Parteisekretär Saragat durchaus für berechtigt. Italien müsse weiter auf diesem Weg gehen, weil allein diese Politik dem autonomistischen Teil der Sozialistischen Partei (Nennianer) eine totale Abkehr vor den Kommunisten ermöglichen könne. Diese Politik, die im Laufe des vergangenen Jahres zum ersten Mal in Italien versucht wurde, entspricht genau den Prinzipien der italienischen Sozialdemokraten. In ihrem Namen vollzog sich auch 1947 die Spaltung der großen Sozialistischen Partei, wodurch diese Bewegung in zwei Teile zerfiel: Sozialdemokraten und Linksozialisten. Diese zwei Richtungen stehen heute einander näher als je zuvor.

Selbst in der Wahlkampagne vermag die DC die tiefen Zerwürfnisse nicht zu verbergen, die in dieser Partei bestehen, obwohl alle christlichdemokratischen Gruppen sich darum bemühen, diese Meinungsverschiedenheiten zu bagatellisieren. Ähnlich wie die Linksozialisten führen sie einen "ungebandenen" Wahlkampf, um links und rechts Stimmen zu gewinnen.

Die Linksozialisten fordern für ihre Partei mehr Stimmen, um der Democrazia Cristiana eine größere Macht entgegenzusetzen und von einer günstigen Stellung aus mit ihr verhandeln zu können. Es ist dies der wesentliche Unterschied zwischen dem Wahlprogramm dieses Jahres und denen der vorangegangenen. Der Vorwurf von seiten der Linksozialisten, die DC habe die getroffenen Abmachungen nicht eingehalten, führt nicht zum Vernicht eines neuen "linken Zentrums" mit der großen Partei des politischen Katholizismus. Den Kommunisten fällt es unter den heutigen Umständen nicht leicht, sich in diesem Wahlkampf als eine bestimmende Macht einzuschalten.

Vergleicht man die politische Lage Italiens mit der Frankreichs oder der Bundesrepublik, so scheint sie in entgegengesetzter Richtung zu verlaufen. In Italien geht es darum, einen demokratischen Weg nach links zu finden. Allein ihrer Besonderheit wegen sind die italienischen Wahlen am 28. April auch international von keinem geringen Interesse.